

Landtag will Abwasserbeiträge neu regeln

Erfurt (OTZ). Der Innenausschuss des Landtags hat gestern die geplante Neuregelung der Abwasserbeiträge auf den Weg gebracht.

Das Beitragsbegrenzungsgesetz werde den Menschen erhebliche Erleichterungen bringen, sagte die Ausschussvorsitzende Evelin Groß (CDU). Besitzer unbebauter

und besonders großer Grundstücke sollen nach dem Entwurf der CDU-Fraktion weiter von Beitragsnachlässen profitieren. Das Gesetz soll rückwirkend zum 1. Januar 2005 gelten. Es soll in einer Sondersitzung des Landtags am 7. August verabschiedet werden. Dem Land entstehen durch

die Neuregelung Kosten von jährlich 11 Millionen Euro.

Das Thüringer Verfassungsgericht in Weimar hatte im April die von der CDU kurz vor der Landtagswahl 2004 durchgedrückte Abwasserreform in Teilen verworfen. **Seite Thüringen**

Quelle: Freies Wort 29.07.09

Vorletzte Hürde genommen

Abgaben | Neuregelung der Abwasserbeiträge vom Innenausschuss des Landtags gebilligt

Von Eike Kellermann

Erfurt – Die Neuregelung bei den Abwasserbeiträgen hat die vorletzte Hürde genommen. Der Innenausschuss des Landtags stimmte dem „Beitragsbegrenzungsgesetz“ gestern mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion CDU zu. Die Linke war dagegen, die SPD enthielt sich. Mit dem Gesetz, das rückwirkend ab dem 1. Januar 2005 gelten soll, werden die Kosten für Grundstücksbesitzer weiterhin begrenzt. Sie müssen für unbebaute Grundstücke keine Abwasserbeiträge und für sehr große Grundstücke nur beschränkt Beiträge zahlen. Der Landtag soll das Gesetz kommende Woche beschließen.

Die Ausnahmen bleiben

Die Neuregelung war notwendig geworden, weil der Thüringer Verfassungsgerichtshof die ursprüngliche Regelung wegen einer Benachteiligung der Gemeinden für verfassungswidrig erklärt hatte. Mit dem neuen Gesetz bleiben zwar die Aus-

nahmeregelungen für Grundstückseigentümer erhalten; nun aber bekommen die Gemeinden die entgangenen Einnahmen vom Land ersetzt. Mit Kosten von bis zu 1,8 Milliarden Euro rechnet die CDU in den kommenden 50 Jahren.

„Mit dem Beitragsbegrenzungsgesetz reparieren wir das, was das Verfassungsgericht beanstandet hat“, sagte Innenminister Manfred Scherer (CDU) im Ausschuss. Im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheiten tagte das Landtagsgremium öffentlich. Eine Neuregelung auch der Straßenausbaubeiträge, die von der SPD vorgeschlagen wurde, sowie einen Gesetzentwurf der Linken lehnte der Ausschuss ab. Zugleich wiederholte die Linkspartei ihre Kritik, dass es keine öffentliche Anhörung gegeben hat. Verbände und Sachverständige gaben lediglich schriftlich ihre Stellungnahmen ab.

„Ohne öffentlichen Dialog, über die Köpfe der Leute hinweg, so sieht das Politikverständnis der CDU aus“, sagte Linken-Innenpolitiker Frank Kuschel. Nahezu wortgleich ä-

ßerte sich die „Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben“, in der Kuschel Schatzmeister ist. Die Allianz rief indirekt zur Wahl der Linken auf. In der Stellungnahme heißt es, zur Landtagswahl am 30. August „sind für uns nur die Parteien wählbar, die sich für die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge und für alternative Finanzierungsmodelle einsetzen“. CDU, FDP und SPD hätten diesbezüglich noch keine positiven Signale gegeben.

Positive Reaktionen

Zur Kostendämpfung bei den Abwasserbeiträgen gibt es offensichtlich aber weithin Einverständnis. Nach Angaben des CDU-Innenpolitikers Wolfgang Fiedler „hat die überwiegende Mehrheit der Anzuhörenden Zustimmung zu unserem Vorhaben signalisiert“. Bei einer öffentlichen Anhörung der Linkspartei am Montagabend gab es ebenfalls positive Reaktionen. Nach Ansicht des Abwasserverbandes Bad Salzungen

lösen die Ausnahmeregelungen gerade auf dem Land die Probleme. Das Gesetz müsse nun schnell verabschiedet werden, um Sicherheit zu haben. Der Verband Deutscher Grundstücksnutzer bescheinigte Thüringen, bei den Wasser- und Abwasserbeiträgen eines der fortschrittlichsten Gesetze der Bundesrepublik zu haben.

Die Bürgerallianz und die Linke fordern allerdings, die „Zwangsbeiträge“ generell abzuschaffen. Erst vorige Woche hatte sich Innenminister Scherer offen für einen Richtungswechsel auch bei den Anwohnerbeiträgen beim Straßenausbau gezeigt. Die Gemeinden sollten künftig selbst entscheiden, ob sie Beiträge erheben. Eine Neuregelung könne man jedoch „nicht kurz vor Ende der Legislaturperiode übers Knie brechen“. Die CDU-Fraktion sieht laut Innenpolitiker Fiedler ebenfalls „Handlungsbedarf“. Eine Entscheidung noch vor der Wahl sei zu kurzfristig. „Deshalb können wir es jetzt schweren Herzens nicht machen“, sagte Fiedler im Innenausschuss.

CDU lenkt bei Straßenausbaubeiträgen ein

Fiedler: Es besteht Handlungsbedarf – Anträge der Opposition trotzdem zurück gewiesen

Von OTZ-Redakteur
Henning Johr

Rechtzeitig zu Beginn des Landtagswahlkampfes gibt die Thüringer CDU ihre ablehnende Haltung zur Abschaffung der viel diskutierten Straßenausbaubeiträge auf.

„Wir sehen Handlungsbedarf“, sagte Innenpolitiker Wolfgang Fiedler gestern im Innenausschuss des Landtages. Jetzt zum Ende der Legislatur sollte bei diesem Thema aber nichts über das Knie gebrochen werden, so der Ostthüringer. Darüber solle der Landtag in der nächsten Wahlperiode entscheiden. Seine Partei lehne deswegen Vorstöße der Frak-

tionen von SPD und PDS/Die Linke ab, sofort darüber zu entscheiden, „schweren Herzens“ ab. Ähnlich wie Fiedler äußerte sich Innenminister Manfred Scherer (CDU). Die Straßenausbaubeiträge wären eine „unheimlich komplizierte Materie“, die nicht einfach durch Absenkung prozentualer Anteile gelöst werden könne. Er verwies auf fehlende Gutachten und plädierte ebenfalls für eine Lösung in der kommenden Legislatur. „Ich warne vor einem Schnellschuss; es ist schwierig, eine halbwegs gerechte Lösung zu finden.“

„CDU und Landesregierung halten mit dem Erhebungs-

zwang für Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen an einem Finanzierungsmodell fest, dass den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht“, kritisierte Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion, nach der Sitzung des Innenausschusses. Da 292 Thüringer Kommunen überhaupt keine entsprechende Satzung haben, sollte in Thüringen wenigstens die sächsische Lösung gelten, die die Erhebung von Beiträgen in das Ermessen der Gemeinden stellt, sagte er.

Auch SPD-Parlamentarierin Heike Taubert sprach sich dafür aus, beim Thema Straß-

ausbau auf die Erfahrungen des ebenfalls CDU-regierten Nachbarlandes Sachsen zurückzugreifen. Sie forderte die Regierung auf, ernsthafte Schritte für die Rechtssicherheit der Bürger und der Kommunen zu unternehmen. Die SPD schlägt eine drastische Senkung der Beiträge für die Bürger vor.

Kurz vor den Landtagswahlen 2004 hatte die CDU den Protesten um überhöhte Wasser- und Abwasserabgaben nachgegeben und Änderungen im Kommunalabgabengesetz angekündigt. Das hatte ihr bei den Wahlen schließlich eine knappe Mehrheit gesichert.